

KOMMENTAR ZUR AUFHEBUNG DER IMPFRIEHEFOLGE

Lichtblick in der Pandemie

Es gibt auch die guten Nachrichten in der Corona-Krise. Mit dem Impfen kommt Deutschland immer besser voran. Mittlerweile haben mehr als 20 Prozent der Menschen wenigstens schon einmal einen Pils bekommen. Unter dem Eindruck des gewachsenen Impftempos stellt sich dann auch die Frage, wie lange die Impfpriorisierung noch aufrecht erhalten werden muss. Also jene Regelung, die mangels genügend Impfstoff eingeführt worden war, und von der in erster Linie Alte und Kranke profitieren können.

Der Bundesgesundheitsminister hat nun die Antwort gegeben: Schon im Juni soll sich die offiziell festgelegte Impfreiheitsfolge erledigt haben. Heißt im Klartext, jeder, der will, egal ob Alt oder Jung, darf sich dann immunisieren lassen. Eigentlich ist Spahns Aussage zum Teil schon überholt. Einige Bundesländer haben nämlich bereits Fakten geschaffen, ohne auf den Minister zu warten. Bei ihnen wurde zumindest schon mal AstraZeneca für alle freigegeben, nachdem der Stoff anfangs nur für die Jüngeren empfohlen worden war, kurzzeitig gar nicht und danach ausschließlich für die Generation 60plus. Dieses Hin und Her hat viel Vertrauen gekostet und wohl noch mehr ungenutzte As-

trazeneca-Dosen verursacht. Dabei würden sich viele gern damit impfen lassen, denn das Serum ist besser als sein Ruf. Auch die anderen Bundesländer sollten es deshalb für alle freigeben. Den Luxus, auf den vermeintlich besseren Impfstoff zu warten, kann sich Deutschland angesichts der nach wie vor viel zu hohen Infektionszahlen schlicht nicht leisten.

Spahns größte Aufgabe bleibt freilich, für ausreichend Impfstoff zu sorgen. Und das ist nicht frei von Risiken: Was, wenn sich zum Beispiel das neue Vakzin von Johnson & Johnson als problematisch entpuppt? Auch weitere Lieferengpässe sind nicht ausgeschlossen. Nach allem, was bislang in der Impfkampagne schiefgelaufen ist, muss Spahn vorsichtig sein. Trotzdem stehen die Chancen für eine weitere Entspannung an der Impffront nicht schlecht.

an-politik@medienhausaaachen.de

STEFAN VETTER



ZUR PERSON

Appell an US-Regierung



Greta Thunberg, Klimaschutzaktivistin

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat vor einem Gremium des US-Kongresses ein Ende staatlicher Subventionen für fossile Energieträger wie

Kohle und Öl gefordert. Dass im Jahr 2021 überhaupt noch über die Notwendigkeit einer dramatischen Verringerung der Emissionen diskutiert werde und fossile Brennstoffe gleichzeitig weiter direkt oder indirekt bezuschusst würden, sei „eine Schande“, sagte sie am Donnerstag bei einer virtuellen Anhörung vor dem Umwelt-Unterausschuss im Kontrollausschuss des US-Repräsentantenhauses. Dies gelte ganz besonders für die USA. (dpa)

AKTUELLES STICHWORT

Lieferkettengesetz

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) haben im Bundesrat am Donnerstag für das Gesetz zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards bei Zulieferern geworben. Das vorgelegte Lieferkettengesetz sei nach langem Ringen ein guter Kompromiss, der auch Interessen des Mittelstands berücksichtige, sagte Müller am Donnerstag. Deutschland dürfe nicht die Augen verschließen vor einer Ausbeutung von Mensch und Natur. „80 Millionen Kinder arbeiten als Arbeitsklaven für uns, die Reichen auf der Sonnenseite des Planeten“, sagte Müller.

Kaum ein anderes Land profitiere so wie Deutschland von der arbeitsteiligen Wirtschaft, so Heil. „Daraus ergeben sich auch besondere Verantwortungen“, sagte er. „Wer global Gewinne macht, muss auch global Verantwortung übernehmen.“ Er habe bei einer Reise eine „eine frühkapitalistische Hölle“ gesehen. Angemessen sei, dass die Sorgfaltspflicht nicht mehr am Werkstör ende. Bei Verstößen sollten nun auch empfindliche Zwangs- und Bußgelder drohen, bei bestimmten Vergehen auch der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen.

Von 2023 an sollen Firmen mit mindestens 3000 Beschäftigten ihre gesamte Lieferkette im Blick haben, aber abgestuft verantwortlich sein. Ab dem Jahr 2024 kommen alle Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten dazu. Wird einer Firma ein Missstand in der Lieferkette bekannt, soll sie verpflichtet werden, für Abhilfe zu sorgen. Zudem sollen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften die Möglichkeit bekommen, Betroffene vor deutschen Gerichten zu vertreten. Bisher konn-

ten Geschädigte selbst klagen, was aber in der Praxis an den Lebensumständen scheiterte.

Die Opposition kritisierte den Gesetzentwurf. So sprach die Linke von einem Vorhaben, das auf Druck von Lobbyorganisationen verwässert sei und nicht weit genug gehe. Die FDP warnte vor Folgen für Unternehmen. Die Entwicklungshilfeorganisationen Misereor, Global Policy Forum und Brot für die Welt forderten unterdessen in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Verabschiedung des Lieferkettengesetzes. Sie befürchten in ihrer Erklärung, dass Lobbyverbände und der Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion im Bundestag versuchen, eine Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. „Mit seinen Forderungen will der Wirtschaftsflügel der Union das Lieferkettengesetz völlig aushöhlen und einen besseren Menschenrechtsschutz verhindern“, betonte Armin Paasch, Menschenrechtsexperte bei Misereor und Mitautor des Briefings.

„Massiv verwässert“

„Der Regierungsentwurf wurde bereits im Vorfeld massiv verwässert und bleibt deutlich hinter den ursprünglichen Plänen der Bundesminister Heil und Müller sowie den UN-Leitprinzipien zurück. Wir fordern daher klare Nachbesserungen“, erklärte Maren Leifker, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Brot für die Welt. „Unternehmen müssen verpflichtet werden, menschenrechtliche Risiken präventiv auch bei mittelbaren Zulieferern zu untersuchen, und nicht erst, wenn ihnen bereits ‚substantiierte Kenntnisse‘ über mögliche Verletzungen vorliegen.“ (dpa/Red)



Wo geht es jetzt hin? Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen, hat bei der K-Frage seiner Kollegin den Vortritt gelassen.

FOTO: DPA

Freie Auswahl für Habeck

Kanzlerkandidat der Grünen ist er nicht geworden, seine Co-Vorsitzende Annalena Baerbock hat das Rennen gemacht. Der Stachel sitzt tiefer als gedacht. Was wird jetzt aus dem 51-Jährigen?

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN „Trauerarbeit“ leiste Robert Habeck im Moment, sagt einer aus seiner Partei, der ihn gut kennt. Dass sei bei ihm oft so nach schweren, politischen Niederlagen. „Dann braucht er ein, zwei Wochen, um wieder Fuß zu fassen.“ Kanzlerkandidat ist der Chef-Grüne nicht geworden, seine Co-Vorsitzende Annalena Baerbock hat das Rennen gemacht. Der Stachel, nicht selbst zum Zuge gekommen zu sein, sitzt bei Habeck aber doch tiefer als gedacht. Was wird jetzt aus dem 51-Jährigen?

Nicht alles Friede und Freude

„Nichts wollte ich mehr, als dieser Republik als Kanzler zu dienen. Und das werde ich nach diesem Wahlkampf nicht“, räumte Habeck zerknirscht in der „Zeit“ ein. Der Tag der Entscheidung sei sogar „der schmerzhafteste in meiner politischen Laufbahn“ gewesen, „oder sagen wir lieber: der schwerste.“ Als er am Montag bei der Verkündung des Ergebnisses zur K-Frage Baerbock die Bühne überließ, sah man Habeck an, dass ihm dieser Schritt nicht leicht gefallen ist. Schon letztes Jahr hatte er zudem klargemacht,

sich für einen geeigneten Kanzlerkandidaten zu halten: „Ja, diese Prüfung würde ich für mich bestehen“, antwortete der Obergrüne damals auf eine entsprechende Frage.

Mit den Äußerungen Habecks erscheint die Präsentation der grünen Anwärterin auf die Merkel-Nachfolge nun in einem etwas anderen Licht. Offenbar ist doch nicht alles Friede und Freude gewesen. Eher war es wohl so, dass Baerbock sich schlichtweg mit ihrem Machtanspruch und den schlagkräftigeren Argumenten durchgesetzt hat, Habeck also nicht großzügig und galant verzichtete.

Ein grüner Insider bestätigt: „Zum Schluss ist es schwierig geworden zwischen den beiden.“ Habeck habe sich wohl auch für den Besseren gehalten.

Das verwundert nicht. Eine Zeit lang war der Mann aus Lübeck tatsächlich der beliebteste Politiker des Landes. Ein Strahlmann, nachdenklich, bürgerlich, zuverlässig. Der geborene Kanzlerkandidat. Doch dann leistete sich Habeck einige Pannen. So offen-

barte er peinliche Wissenslücken bei der Pendlerpauschale und brachte die Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin mit der Überprüfung von Handwerkerrechnungen in Verbindung. Zuletzt langte er mit Aussagen zum Whistleblower Julian Assange daneben. In der Beliebtheit ging es bergab, mit Habecks Selbstbewusstsein aber nicht.

Alles hinzuschmeißen nach der Entscheidung für Baerbock, daran

hat der ehemalige Umweltminister von Schleswig-Holstein wohl nicht gedacht. „Wenn wir es gut machen, werde ich Teil der Bundesregierung

sein“, kündigte er jetzt an. Bei den Grünen heißt es, falls es zu einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im September komme, könne Habeck sich ein Ministerium aussuchen. Sein Schritt zurück in der K-Frage soll ihm also versüßt werden.

Zwei Szenarien müssen allerdings bedacht werden. Das erste: Stellen die Grünen die Kanzlerin, wäre der Zugriff auf ein Schlüsselressort weitaus schwieriger, weil dann die An-

sprüche von Koalitionspartnern stärker berücksichtigt werden müssen. Die Grünen könnten dann aber darauf drängen, die Strukturen einiger Ressorts zu verändern – laut internem Planspiel soll für Habeck eine Art „Superministerium“ aus Wirtschaft, Energie/Klima und Digitalisierung im Gespräch sein.

Der neue Finanzminister?

Szenario zwei wäre: Die Grünen werden nur Juniorpartner der Union. Dann würde Baerbock Vizekanzlerin, Ressort offen. Habeck soll dann aber das Finanzministerium erhalten. „Davon kann man ausgehen“, verlautet es aus der Partei. Dass er Finanzminister werden will, damit die grünen Ideen auch umgesetzt werden können, dieses Gerücht wabert schon länger durch Berlin.

Immerhin will man ein zusätzliches Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre auflegen. Auch zeichnete er kürzlich verantwortlich für ein Konzept zur Lockerung der Schuldenbremse. Klar ist freilich, ein Finanzfachmann ist Habeck trotzdem nicht. Seine Leidenschaft gilt vielmehr der Landwirtschaft.

„Nichts wollte ich mehr, als dieser Republik als Kanzler zu dienen. Und das werde ich nach diesem Wahlkampf nicht.“

Robert Habeck (Grüne)

Ziemlich schwierige Freunde

Finden die Schweiz und die EU wieder zusammen? Vor dem Gipfel am Freitag in Brüssel steigt die Spannung.

VON DETLEF DREWES

BRÜSEL Als Jean-Claude Juncker gegen Ende seiner Zeit als Kommissionspräsident 2019 in dieser Zeitung Bilanz zog, sprach er – für viele überraschend – ausgerechnet die Schweizer direkt an: „Ihr werdet einen derartigen Freund eures Landes nicht mehr finden“, meinte er enttäuscht, weil es ihm nicht gelungen war, das umstrittene Rahmenabkommen mit den Eidgenossen zu vereinbaren.

Wenig Hoffnung

Zwei Jahre später hat sich daran nichts geändert. Wenn Bundespräsident Guy Parmelin von der Schweizer Volkspartei (SVP) heute nach Brüssel zu einem Gespräch mit Kommissionschefin Ursula von der Leyen kommt, gibt es zwar ein wenig Hoffnung, von einem Durchbruch aber wagt niemand zu träumen. Denn das besondere Verhältnis zwischen der EU und den Schweizer Nachbarn gilt seit Jahren nicht nur als kompliziert, sondern auch zunehmend als zerrüttet.

Schon vor sieben Jahren entstand vorrangig auf Drängen der Union der Text für ein sogenanntes Rahmenabkommen, das die 120 bila-

teralen Einzelverträge zusammenfassen sollte. Seit 2018 wird darüber verhandelt. Das bisherige Ergebnis fasste Brüssels Unterhändlerin Stéphanie Riso, immerhin die stellvertretende Kabinettschefin von Präsidentin Ursula von der Leyen, vor den Botschaftern der 27 EU-Staaten vor wenigen Tagen so zusammen: Die Schweiz habe das Interesse an dem Rahmenabkommen mit der EU nicht nur verloren, sondern sich auch von dem Text immer weiter distanziert. Mehr noch: Aus Bern habe es bisher nicht einen Vorschlag gegeben, wie der Vertrag angepasst werden solle. Jene Ergänzungen, die Brüssel erarbeitet habe, wurden liegengelassen. Und außerdem sei die Schweiz eine Milliarde Euro, die sie für die Teilnahme am offenen Binnenmarkt zu zahlen hat, schuldig geblieben.

Wichtige Streitpunkte haben sich im Laufe der Auseinandersetzungen mehr und mehr verfestigt. Da ist der Lohnschutz der Schweiz, den viele durch das Abkommen gefährdet sehen. Andere fürchten, das Land werde zu viel von seiner Eigenständig-

keit aufgeben. Und dann wird auch noch über die Unionsbürgerschaft gestritten, die – so heißt es in der Schweiz – den Staat zwingen würde, arbeitslosen EU-Bürgern Leistungen zukommen zu lassen.

Im Kern geht es aber wohl um den Vorschlag aus Brüssel, dass Bern alle bestehenden und künftigen EU-Gesetze automatisch übernehmen soll, ohne die jeweils einzelnen Abkommen updaten zu müssen. „Die Schweiz muss endlich sagen, ob sie das Abkommen überhaupt noch möchte, oder wenn nicht, wie die bestehenden Grundsatzfragen alternativ geregelt werden können“, sagte der CDU-Europa-Abgeordnete Andreas Schwab am Donnerstag, der im EU-Parlament die Delegation für

die Gespräche mit der Schweiz leitet. „Die Positionen liegen, so weit sie bekannt sind, nah beieinander.“

Falls es an diesem Freitag in Brüssel nicht zu einer Einigung kommt, droht Chaos, denn Brüssel hat angekündigt, bestehende Einzelabkommen nicht mehr zu verlängern. Das könnte sich schon im Mai auswirken, wenn der bilaterale Vertrag über technische Handelshemmnisse de facto ausläuft. Betroffen wären ausgerechnet medizinische Güter, die dann nicht mehr so einfach über die Grenze gebracht werden könnten. Sicher ist bisher nur, dass von der Leyen den Auftrag der Mitgliedsstaaten hat, die Gespräche nicht platzen zu lassen. Auch ein Freihandelsabkommen nach dem Vorbild des Vertrages mit Großbritannien nach dem Brexit lehnen die Mitgliedsstaaten ab. Als denkbar gilt, dass Bundespräsident Parmelin wenigstens die Zusage mitbringt, als Zeichen des guten Willens die ausstehende Milliarde Euro zu überweisen, um sich Zeit zu erkaufen.



Das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz ist schwierig. Schon 2019 scheitert ein Abkommen. FOTOS: DPA